

652447-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung - HLS) für die Erweiterung des Schulzentrums Jüchen
OJ S 191/2025 06/10/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Jüchen

E-Mail: vergabe@juechen.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung - HLS) für die Erweiterung des Schulzentrums Jüchen

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind die Leistungen der Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung - HLS) nach § 55 HOAI, Anlagengruppen: -

Anlagengruppe 1 – Abwasser-, Wasser- oder Gasanlagen - Anlagengruppe 2 – Wärmeversorgungsanlagen - Anlagengruppe 3 – Lufttechnische Anlagen - Anlagengruppe 8 – Gebäudeautomation Für die vorgenannten Anlagengruppen sind folgende Planungsleistungen zu erbringen: - Leistungsphasen 1-9 für Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung) nach § 55 Abs. 1 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 zu § 55 Abs. 3, § 56 Abs. 3 HOAI

Kennung des Verfahrens: 885cdeaa-29fc-4db2-b7df-3850742389ac

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Jüchen

Postleitzahl: 41363

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Kreis Neuss (DEA1D)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Betrug: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in

Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB

aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende Ausschlussgründe sind in erster Linie bestimmte Straftaten, die sich unmittelbar auf die Eignung des Bieters auswirken. Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Neben dem Ausschlussgrund Insolvenz gelten die allgemeinen Ausschlussgründe nach § 122, § 123 und § 124 GWB in Verbindung mit § 42 VgV. Der Bieter hat eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen mit seinem Angebot einzureichen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung - HLS) für die Erweiterung des Schulzentrums Jüchen

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind die Leistungen der Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung - HLS) nach § 55 HOAI, Anlagengruppen: - Anlagengruppe 1 – Abwasser-, Wasser- oder Gasanlagen - Anlagengruppe 2 – Wärmeversorgungsanlagen - Anlagengruppe 3 – Lufttechnische Anlagen - Anlagengruppe 8 – Gebäudeautomation Für die vorgenannten Anlagengruppen sind folgende Planungsleistungen zu erbringen: - Leistungsphasen 1-9 für Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung) nach § 55 Abs. 1 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 zu § 55 Abs. 3, § 56 Abs. 3 HOAI
Interne Kennung: LOT-0001 E19381877

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Jüchen

Postleitzahl: 41363

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Kreis Neuss (DEA1D)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung über die Eintragung im Berufs- oder Handelsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung über die Eintragung im Berufs- oder Handelsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung über den Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung über den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV. Es wird ein durchschnittlicher Umsatz vergleichbarer Dienstleistungen der letzten drei Jahre in Höhe von mindestens 300.000€ gefordert.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Es wird eine durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl, das heißt die Anzahl der festangestellten Mitarbeiter zzgl. der Anzahl der Führungskräfte der letzten drei Jahre von 5 Mitarbeitern gefordert.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Büroreferenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in den letzten fünf Jahren (Objektplanung für Neubau, Umbau und / oder Erweiterung von Schulen oder sonstigen Bildungseinrichtungen) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV: Die Qualifikation und Erfahrung des Büros werden anhand von Nachweisen und Referenzen bewertet, die das Büro in den letzten fünf Jahren erbracht hat. Es sind mindestens zwei Eigenerklärungen zu Unternehmens-Referenzen einzureichen, die folgende Mindestanforderungen kumulativ erfüllen muss. • Art der Baumaßnahme ist der Bau /Erweiterung einer Schule oder sonstigen Bildungseinrichtungen • Das Projekt wurde für einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB umgesetzt • Die Projektkosten für die TGA (Kostengruppe 400 nach DIN 276 ohne Umsatzsteuer) liegen bei ≥ 1 Mio. € • Die erbrachten Leistungsphasen 1 bis 9 wurden vollständig erbracht (kein Ausschluss bei Leistungsphasen 2 bis 8) • Es wurden die Anlagengruppen 4 (Starkstromanlagen) und 5 (Fernmelde- und informationstechnische Anlagen) bearbeitet. (Es muss für jede Anlagengruppe min. 1 Referenz geben)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123 Abs. 1 und Abs. 4, 124 Abs. 1 GWB

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E19381877>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E19381877>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/11/2025 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen oder zu vervollständigen oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen (vgl. § 56 Abs. 2 Satz 1 VgV). Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 56 Abs. 3 VgV).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: ORG-0002

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Jüchen

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00004341

Postanschrift: Am Rathaus 5

Stadt: Jüchen

Postleitzahl: 41363

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Kreis Neuss (DEA1D)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@juechen.de

Telefon: +49 2165 9150

Internetadresse: <http://www.juechen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00004342

Stadt: Köln
Postleitzahl: 50667
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +492211473045

Fax: +492211472889

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: accb3919-88a8-4fc8-b4af-8ade962ae149 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/10/2025 12:22:37 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 652447-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 191/2025

Datum der Veröffentlichung: 06/10/2025